„Reformen für ein starkes Land“

Rede von

Lars Klingbeil

Vizekanzler und Bundesminister der Finanzen

Bertelsmann-Stiftung:

„Wie modernisieren wir Deutschland?“

Berlin

25. März 2026

ca. 30 Minuten

(anschl. Gespräch)

+++ Sperrfrist 14 Uhr +++

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Vopel,
Sehr geehrte Frau Schwarzer,
Exzellenzen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Bertelsmann-Stiftung hat mich vor einiger Zeit eingeladen, hier heute über die Zukunft Deutschlands zu sprechen. Meinen Blick darauf, was passieren muss, damit Deutschland ein starkes Land bleibt. Dieser Einladung bin ich gerne nachgekommen. Vielen Dank. Wahrscheinlich ist gerade jetzt ein guter Zeitpunkt dafür.

Franz Müntefering hat gerade in einem Interview noch einmal sehr eindrücklich aufgezeigt, wie krass er die heutige Zeit empfindet. Gerade im Vergleich zu der Zeit, in der er selbst Politik gemacht hat. Es sind außergewöhnliche Zeiten.

Die Auswirkungen von Kriegen und Krisen ziehen in unseren Alltag ein. Sie fordern uns brutal heraus.

Wie behaupten wir uns in diesen Zeiten? Als Land, als demokratische Gesellschaft. Als freies und offenes Deutschland. Und was müssen wir tun, damit Deutschland ein starkes Land bleibt?

Zu oft wird Politik mittlerweile vermessen an der Frage, wer mit wem kann. Welche Gewinner oder Verlierer es gibt. Anstatt strukturelle Herausforderungen anzugehen, verlieren sich viele Debatten im Klein-Klein. Damit lähmen wir uns selbst. Damit bleiben wir hinter unseren Möglichkeiten zurück.

Deutschland ist ein großartiges Land. Ich will meine Kraft dafür einsetzen, dass Deutschland auch in Zukunft ein starkes Land ist. Dass wir

Polarisierung überwinden. Zuversicht zurückgewinnen.

Ich will, dass Menschen gerne hier in Deutschland leben, sich für das Gemeinwohl einbringen. Ich will, dass wir in Frieden leben können. Und ich will, dass Deutschland Verantwortung in Europa und der Welt übernimmt. Dass uns nicht egal ist, was um uns herum passiert.

Ob Deutschland ein starkes Land bleibt, liegt an uns selbst. Wir allein entscheiden darüber. Nicht das Weiße Haus, nicht die Große Halle des Volkes – und erst recht nicht der Kreml. Wir entscheiden das.

Aber dafür sind wir alle gefordert. Wir sind gefordert, Gewohnheiten aufzugeben, Blockaden aufzulösen. Das fängt bei jedem von uns selbst an. 2026 wird uns Mut abverlangen.

Wir alle wissen: Deutschland braucht grundlegende Reformen.
Mein Gefühl ist, die Menschen in unserem Land sind auch bereit, Opfer zu bringen und Veränderungen zu akzeptieren. Aber sie wollen, dass es gerecht zugeht und sie keiner Willkür ausgesetzt sind. Das muss die Messlatte für unsere Reformen sein.

[Die neue Realität: Mehr Rivalität, weniger Stabilität]
Das Tempo von Krisen verändert sich. Auch die Logik der Weltwirtschaft verändert sich.
Die Konkurrenz zwischen den USA und China prägt diese Entwicklung.

Das alles hat konkrete Folgen: Lieferketten werden unsicherer. Abhängigkeiten werden zum Risiko. Zölle, Überkapazitäten und Exportbeschränkungen bedrohen weltweit Arbeitsplätze und Wohlstand.

Für uns als Exportnation ist das eine epochale Veränderung.

[Souveränität durch eigene Stärke]
Wir haben Momente erlebt, die unsere Schwächen offengelegt haben. Momente, in denen wir erpressbar waren. Bei Energiefragen. Oder in den Zollverhandlungen mit den USA.

Aber wir haben auch erlebt, wie eigene Stärke unsere Handlungsspielräume vergrößert. Als wir Europäer Präsident Trump geschlossen und deutlich die Stirn geboten haben als es um Grönland ging.

Ich bin stolz, in diesem Land zu leben. Und ich bin stolz, diesem Land als Vizekanzler dienen zu dürfen. Daraus erwächst für mich zugleich eine Verantwortung. Die Verantwortung, Veränderungen anzustoßen, wenn Veränderungen nötig sind.

Nicht, um aus Deutschland ein anderes Land zu machen, das niemand mehr wieder erkennt. Das ist der Weg der Radikalen. Ich will, dass Deutschland und Europa so stark sind, dass wir uns vor niemandem klein machen müssen.

Wer heute auf Status Quo setzt, wählt den Abstieg. Zu oft finden wir Ausreden, nichts zu tun oder Unbequemes nicht zu machen. Das geht nicht mehr.

Ausgangspunkt einer jeden Veränderung muss ökonomische Souveränität sein. Ein neues deutsches Wachstumsmodell. Wirtschaftliche Stärke und gute Arbeitsplätze. Wir brauchen Technologieführerschaft in zentralen Bereichen, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Investitionen, eine moderne industrielle Basis, sichere Lieferketten, funktionierende Kapitalmärkte. Genauso braucht es

Mitbestimmung, eine starke Sozialpartnerschaft und gerecht verteilten Wohlstand.
Das gehört zusammen. Daraus entsteht eigene Stärke.

Wir bleiben in vielen dieser Bereiche hinter unseren Möglichkeiten zurück. Wir haben uns zu lange auf unseren Erfolgen und auf der Nachfrage aus China ausgeruht.

Das gilt für die Politik. Das gilt aber auch für Teile der deutschen Wirtschaft, die sich zu lang auf bestehenden Geschäftsmodellen ausgeruht haben, anstatt in neue zu investieren.

Und das gilt für den Staat, der sich durch immer mehr Regelungstiefe überfordert. Politik, Staat und Wirtschaft haben gleichermaßen versäumt, wirtschaftliche Abhängigkeiten frühzeitig zu reduzieren und Lieferketten zu diversifizieren.

Vor einigen Jahren lief die Welt uns hinterher. Nun laufen wir bei vielen Entwicklungen hinterher. Das können wir uns nicht leisten.

[Bruch mit den Lösungen der Vergangenheit]
Die Krisenjahre gehen an die Substanz. Emotional. Aber auch wirtschaftlich. Der Staat ist für vieles in den letzten Jahren eingesprungen und hat hunderte Milliarden in die Hand genommen, um die Auswirkungen von Krisen abzufedern. Soziale wie wirtschaftliche Folgen zu lindern. Das war richtig. Aber es hat auch den Blick auf tieferliegende Probleme verzerrt.

In 2026 funktioniert das nicht mehr. Wir können nicht jede Krise und jedes Problem mit noch mehr Geld beantworten.

Der Staat hat eine Schutzfunktion. Die wird er ausüben. Niemand wird in unserem Land auf sich allein gestellt sein. Das gilt erst recht in Krisen.

Aber wir überfordern uns selbst, wenn jedes Risiko und jedes mögliche Problem am Ende vom Staat reguliert oder mit Steuergeld gelöst werden muss. Wir werden jetzt den Haushalt 2027 und die Pläne für die kommenden Jahre machen. Da werden schwierige und unbequeme Entscheidungen auf uns zukommen.

Wir werden den Abbau von Subventionen umsetzen und eine ehrliche Betrachtung der Ausgaben- und Einnahmeseite vornehmen. Noch wichtiger aber sind strukturelle Veränderungen, die Deutschland aus meiner Sicht braucht.

Die Haushaltskonsolidierung ist dabei weder Grund noch Anlass für die Modernisierung unseres Landes, sie ist eine Notwendigkeit. Und sie wird Bestandteil eines gerechten Reformpaketes sein.

Ich will heute zum ersten Mal konkreter machen, was ein solches Reformpaket aus meiner Sicht beinhalten muss.

[Modernisierung des Arbeitsmarkts]
Ich möchte mit dem Arbeitsmarkt beginnen, weil der mir als Sozialdemokrat besonders am Herzen liegt. Und weil er uns Veränderungsbereitschaft abverlangen wird.

Die demografische Entwicklung ist eindeutig. Ohne Zuwanderung wäre die Zahl der Erwerbstätigen auf dem deutschen Arbeitsmarkt schon seit Jahren rückläufig.

Die Migration der letzten Jahre stabilisiert die deutschen Sozialsysteme erheblich – auch wenn manche den Eindruck erwecken, das Gegenteil sei der Fall. Studien, auch von der Bertelsmann-Stiftung, zeigen, wie sehr wir wirtschaftlich von Migration profitieren.

Aber ich weiß aus unzähligen Gesprächen mit Unternehmen, wie groß die Hürden weiterhin sind, damit Menschen überhaupt in Deutschland arbeiten dürfen. Die beschleunigte Berufsanerkennung und Arbeitserlaubnis nach drei Monaten für Asylbewerber muss deshalb schnell kommen. Darüber hinaus werden wir weiter offensiv um qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt werben.

Zuwanderung allein wird aber nicht ausreichen, um das Arbeitsvolumen in Deutschland zu erhöhen. Dafür braucht es weitere Strukturreformen.
Wenn ich über grundlegende Veränderungen spreche, dann heißt das auch: Wir werden als Gesellschaft insgesamt mehr arbeiten müssen.
Und ich möchte, dass wir eine Debatte über den Arbeitsmarkt führen. Aber sachlich. Nicht populistisch.

Menschen, die jeden Tag früh morgens aufstehen, Überstunden schieben und sich nebenbei noch um Kinder, Angehörige, Sportverein und Nachbarschaft kümmern, sollen keine Sorgen vor mehr Belastungen haben. Ich weiß, was die allermeisten Menschen in unserem Land Tag für Tag leisten und dass viele schon jetzt an der Grenze sind. Genau diejenigen wollen wir entlasten, indem wir andere Potenziale freisetzen.

Die Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind offensichtlich: Hohe Teilzeitquoten. Anreize für frühes Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt. Transfersysteme, die Mehrarbeit teilweise sogar entwerten. Ich will ein paar Fakten nennen.

Mit fast 40 Prozent hat Deutschland eine der höchsten Teilzeitquoten in Europa. Das betrifft vor allem Frauen. Während in Deutschland jede zweite Frau in Teilzeit arbeitet, ist es europaweit nur fast jede Vierte.

60 Prozent der Rentnerinnen und Rentner gehen frühzeitig in Rente, weil Arbeit bis zum regulären Renteneintrittsalter sich nicht lohnt.

Für ein Ehepaar mit zwei Kindern macht es fast keinen Unterschied, ob das gemeinsame Arbeitseinkommen bei etwa 3.000 Euro im Monat, oder bei 4.500 Euro brutto liegt. Durch den so genannten Transferentzug bei Wohngeld und Kinderzuschlag kommt unter dem Strich das gleiche verfügbare Gesamteinkommen raus.

Wir lassen überall Potenziale liegen.

Wir – und damit meine ich auch meine Partei – haben in den letzten Jahrzehnten ein System geschaffen, in dem es sich für viele Menschen immer weniger lohnt, mehr zu arbeiten. Ich sage das ohne Schaum vor dem Mund, aber wir sollten uns da ehrlich machen.

Es ist richtig, dass wir das alte Bürgergeld abschaffen. Und die neue Grundsicherung einführen. Das reicht aber nicht. Wir brauchen eine weitergehende sozialstaatliche Modernisierung.

Ich will, dass wir ein System schaffen, in dem sich Leistungsbereitschaft auszahlt. In dem es sich lohnt, mehr zu arbeiten.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen in unserem Land das auch wollen. Niemand will von Sozialleistungen abhängig sein. Viele Menschen, die Teilzeit arbeiten, wollen gern mehr arbeiten. Aber sie stoßen immer wieder an eine gläserne Decke im System. Eine Decke, die sie davon abhält. Aus unterschiedlichen Gründen. Das ist unfassbar frustrierend.

Viele Lösungsvorschläge sind lange bekannt. Hier müssen wir Blockaden lösen und endlich Entscheidungen treffen:

- Ich will steuerliche Fehlanreize beseitigen, die vor allem Frauen in der Teilzeitfalle halten. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zeigt, dass 35 Prozent der nichterwerbstätigen Frauen keinen finanziellen Vorteil darin sehen, überhaupt zu arbeiten. Grund: Ein Steuersystem aus dem letzten Jahrhundert, genannt Ehegattensplitting. Ich will das Ehegattensplitting in seiner heutigen Form für zukünftige Ehen abschaffen. Eine Reform könnte zur Besetzung von zehntausenden Vollzeitstellen führen.

  Ich habe diese Woche vernommen, dass unsere Gesundheitsministerin Frau Warken den Vorschlag gemacht hat, die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern in der Krankenversicherung abzuschaffen. Das werden wir uns anschauen.

Beide Reformen zusammen könnten Fehlanreize am Arbeitsmarkt beseitigen. Und die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung von Frauen stärken.

- Wir bauen die Betreuungsinfrastruktur aus. Ganztagsschulen müssen überall die Regel und nicht die Ausnahme sein.

- Fehlanreize bei den Sozialleistungen müssen weg. Mehrarbeit darf nicht bestraft werden. Es braucht deshalb die gerade beschriebene Reform der Transferentzugsraten. Mehr Arbeit muss sich immer lohnen – Schritt für Schritt, ohne harte Brüche, ohne neue Ungerechtigkeiten.

- Und natürlich müssen wir auch über die Beiträge zur Sozialversicherung entscheiden. Die hohen Kosten belasten Arbeitnehmerinnen

und Arbeitgeber. Ich will sie mindestens konstant halten. Wenn wir mehr arbeiten und Strukturreformen voranbringen, könnten sie perspektivisch auch wieder sinken. Das muss unser Ziel sein.

Und auch an die Rente gehen wir ran. Mit der Aktivrente machen wir es jetzt attraktiver, nach dem Renteneintritt weiter zu arbeiten.

Aber klar ist auch: Wir werden die Frage beantworten, wie wir im Rentensystem mehr Anreize schaffen, damit Menschen später in Rente gehen.
Ich persönlich finde es zum Beispiel ungerecht, wenn Menschen mit Ende 20 anfangen zu arbeiten und dann mit Anfang 60 früher in eine lange Rente gehen, weil ihre Arbeit oder ihr Vermögen es ihnen ermöglicht.

Gleichzeitig wissen viele, die mit 17 ihren Job beginnen nicht, wie das reichen soll, wenn sie mit Mitte 60 in Rente gehen. Und dann auch noch statistisch gesehen deutlich kürzer Rente beziehen.

Ich unterstütze den Vorschlag, dass wir uns bei der Rente viel stärker an den Beitragsjahren orientieren. Dass wir damit aufhören, früheres Ausscheiden zu fördern. Ich finde es viel sinnvoller, längeres Arbeiten zu fördern.

Arbeit in Deutschland muss aber auch während des Berufslebens insgesamt attraktiver werden. Im internationalen Vergleich wird Arbeit bei uns unverhältnismäßig hoch besteuert. Ich werde eine Reform der Einkommenssteuer vorlegen mit dem Ziel, 95 Prozent der Beschäftigten zu entlasten. Und zwar merklich, mit einigen hundert Euro im Jahr. Wer sich anstrengt und mehr arbeitet, hat mit dieser Reform endlich mehr Geld in der Tasche.

Mehr Arbeit muss sich lohnen. Das ist das Ziel der Reformen, die ich vorschlage. Und ja, diese Entlastung muss finanziert werden. Für mich ist klar, dass dabei die hohen Einkommen und die hohen Vermögen einen Beitrag leisten sollten.

Ich will nicht nur, dass Arbeiten wieder attraktiver wird. Genauso wichtig ist, dass Unternehmen neue Jobs schaffen. Und dafür werden wir Verkrustungen aufbrechen.

Wir sehen aktuell, dass viele Arbeitgeber davor zurückschrecken, neue Leute einzustellen. Das hängt einerseits mit der Unsicherheit durch die Krisenjahre zusammen. Aber bei dieser Zurückhaltung geht es auch um ein strukturelles Problem.

Gerade Unternehmen, die in Innovationen investieren, gehen oft ein hohes finanzielles Risiko ein. Hier könnte ich mir vorstellen, dass wir, so wie

bei Start-Ups, verlängerte Befristungsmöglichkeiten schaffen. Mit dem Ziel, dass sich Unternehmen trauen, in einer Phase der Unsicherheit, mehr Menschen einzustellen.

Solche Regelungen könnten da greifen, wo Tarifverträge gelten und eine Zustimmung des Betriebsrates vorliegt. Mit solch einer Maßnahme schaffen wir mehr Flexibilität, aber ohne den breiten Abriss von Standards. Gezielt dort, wo es Innovationen und dem Aufbau von Beschäftigung dient.

[Deutschland stark machen]

Die Grundlage für sichere Arbeitsplätze ist die Rückkehr zu einem Wachstumskurs unserer Volkswirtschaft.

Wir werden uns nicht allein über niedrigere Kosten oder billigere Arbeitskräfte in der weltweiten Konkurrenz behaupten. Ein neues deutsches

Wachstumsmodell braucht: Innovation, mehr Produktivität und Technologieführerschaft.
Eine erste große Entscheidung haben wir dafür getroffen: Wir investieren in den kommenden zwölf Jahren 500 Milliarden Euro in die Modernisierung unserer Infrastruktur und Klimaschutz.

Das sind Investitionen, die unser Land voranbringen: Neue Schienen und Straßen, Sportplätze und Wohnraum, moderne Züge und Busse, neue Brücken, besser und digital ausgestattete Schulen, eine leistungsfähige digitale Infrastruktur und Netze und Speicher für die Energiewende.

Wir investieren viele zusätzliche Milliarden in unsere Sicherheit. Das ist angesichts der Bedrohungen eine militärische Notwendigkeit. Wenn wir diese Investitionen aber auch in Forschung und Entwicklung lenken, kann daraus ein enormes Innovationspotential entstehen.

Entscheidend ist nicht nur das Geld – sondern die Wirksamkeit und Geschwindigkeit. Wenn das nicht der Fall ist, werde ich bei diesem Generationenprojekt des Sondervermögens nachsteuern.

Das aktuelle Tempo bei Planungen, Genehmigungen und Umsetzung reicht mir nicht. Deshalb will ich stärkere Anreize. Konkret: Wer Mittel schnell und sinnvoll investiert, soll einen Bonus erhalten. Wo Projekte zu langsam umgesetzt oder Mittel nicht sinnvoll investiert werden, da wird das Folgen haben – die Mittel werden im Zweifel gekürzt. Ich habe mein Haus angewiesen, so ein Bonus-Malus System für wirksame und schnelle Investitionen zeitnah vorzulegen.

[Erneuerung unserer wirtschaftlichen Stärke]

Die Investitionen kurbeln die Binnennachfrage an. Das ist gut. Darüber hinaus geht es auch darum,

den Fokus auf Zukunftsbranchen zu legen: KI, Climate Tech, Life Sciences.

Statt weiter nach dem Prinzip Gießkanne, werden wir Förderprogramme zusammenlegen und auf Spitzencluster ausrichten. Das gilt sowohl für nationale als auch für europäische Programme.

Es gibt bereits Orte in Deutschland, wo das mit großem Erfolg gelingt. Etwa im Silicon Saxony rund um Dresden. Mit gezielter öffentlicher Förderung ist Europas größtes und erfolgreiches Cluster für Halbleiter entstanden. Jeder dritte in Europa produzierte Chip trägt den Aufdruck „Made in Saxony“. Von Forschung und Entwicklung, über Zulieferer und hochmoderne Produktionsstätten findet man dort alles.

Ähnliches gelingt in München. Rund um die Technische Universität ist ein hochinnovatives Umfeld aus Spitzenforschung, Unternehmertum

und Industrie entstanden. Mit mehr als einhundert Ausgründungen im Jahr und 21 Einhörnern. Das sind Start-Ups mit Milliardenbewertung. Ich war kürzlich in München und habe ein neues Rechenzentrum eröffnen dürfen, dass in Rekordtempo geplant und gebaut wurde.

Es ist gut, dass wir solche Orte in Deutschland haben. Aber einzelne gute Beispiele dürfen nicht darüber hinwegtäuschen: Wir haben noch viel Arbeit vor uns, um daraus ein nachhaltiges Wachstumsmodell mit neuen Weltmarktführern zu machen.

[Kapital mobilisieren]

Ein zentrales Problem bleibt: Wir haben zu wenig Wachstumskapital.

Es frustriert mich, wenn in Deutschland gegründete Unternehmen – oftmals auch mit Steuergeldern gefördert – irgendwann in die USA abwandern, weil sie hier nicht das notwendige

Wachstumskapital finden. So verschenken wir unfassbar viel Potential. Das ist kein Schicksal. Das ist ein Fehler, den wir beheben können.

Auf deutschen Sparkonten liegen mehr als 3.600 Milliarden Euro. Geld, das wir mobilisieren können. Die Reform der privaten Altersvorsorge und die Einführung der Frühstartrente sind erste Schritte dafür. Ich werbe zusätzlich für die Einführung einer verpflichtenden, kapitalgedeckten Betriebsrente, für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihren Beitrag leisten.

Brüssel ist zu langsam. Das passt nicht in die Welt, in der wir gerade leben. Ich habe daher Anfang des Jahres zusammen mit meinem französischen Amtskollegen das E6-Format ins Leben gerufen. Ich will, dass die sechs größten Volkswirtschaften der EU aufs Tempo drücken. Seit dem ersten Tag im Finanzministerium mache ich Druck, damit wir noch in 2026 den europäischen Kapitalmarkt

vereinfachen und Investitionsbarrieren abbauen. Das macht uns stärker und unabhängiger.

[Verantwortung der Unternehmen]
Politik muss voran gehen. Es braucht aber auch ein Commitment der deutschen Wirtschaft zum Standort Deutschland. Unternehmen stehen in der Verantwortung, hier zu investieren. Die Beispiele aus München und Dresden, die ich gerade erwähnt habe, zeigen, dass es geht.

Wenn aber beispielsweise führende Autokonzerne die Produktion von Batterien nach China auslagern oder deutsche Konzerne neue Fabriken ausschließlich in Osteuropa bauen, dann frage ich mich: Wo ist der deutsche Standortpatriotismus geblieben?

Ich würde mir wünschen, dass in den Vorständen wieder mehr an Heimat und Mitarbeiterinnen, als an Marge gedacht wird. Denn durch dieses

Verhalten gehen nicht nur Arbeitsplätze und Wertschöpfung verloren. Wir verlieren auch technologisches Know-How. Das einzige Kriterium für Investitionen darf nicht nur die kurzfristige Rendite sein. Das ist kurzsichtig, gerade in Zeiten dramatischer Umbrüche.

[Standortpolitik]
Ich bin für radikalen Bürokratieabbau und für deutlich weniger Regulierung, wenn Sozialpartner mit Tarifverträgen und Mitbestimmung die Dinge gemeinsam vereinbaren. Da kann sich der Staat zurückziehen.

Aber wir dürfen nicht naiv sein. Andere Länder spielen immer weniger nach den Regeln.

Wir können mit gezielten Zöllen die Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen schützen. In strategischen Bereichen, wo wir europäische Produktion sichern wollen, sollten wir

Local Content und Buy European Vorgaben machen. Für gute Arbeitsplätze und sichere Standorte in Europa.

In Bereichen, in denen wir technologisch in Rückstand geraten sind, können wir ausländische Unternehmen auch zu Joint Ventures mit heimischen Unternehmen verpflichten. Als Voraussetzung dafür, dass sie auf dem europäischen Markt aktiv sein dürfen. Das sind harte Schritte. Aber sie sind notwendig, wenn wir Technologien und Arbeitsplätze hier sichern wollen.

Wir dürfen auch nicht länger naiv sein, wenn es um Übernahmen aus dem Ausland geht. Wir müssen den Investitionsschutz deutlich schärfen.

Wie dringend wir unsere Souveränität und eigene Stärke ausbauen müssen, zeigt der Iran-Krieg. Zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren sind

wir durch einen geoökonomischen Schock stark bedroht – Präsident Trumps falsche Politik hat direkte Auswirkungen auf den Geldbeutel der Menschen hier. Auch, weil sich einzelne Unternehmen an der Krise bereichern. Ich finde das schäbig und unpatriotisch.

Damit müssen wir umgehen. Ich habe in den vergangenen Tagen drei Dinge vorgeschlagen, um die Preise zu senken:

Erstens, sollten wir die Übergewinne der Energiekonzerne abschöpfen.
Zweitens, werbe ich für verbindliche Preisgrenzen, die vorgegeben werden. Unsere Nachbarländer, zum Beispiel Luxemburg, machen vor, wie das geht.
Drittens, will ich gezielt abgeschöpfte Gewinne an die Bürgerinnen und Bürger zurückgeben – etwa durch Entlastungen bei den Mobilitätskosten oder durch eine befristete Senkung der Energiesteuer.

Die Krise zeigt zudem, dass wir einen klaren Kurs in der Energiepolitik brauchen. Mehr Wind und Solar, der Aufbau von Stromspeichern, die Modernisierung unserer Netze. Einer meiner Vorgänger im Amt hat mal gesagt: Erneuerbare Energien sind Freiheitsenergien – Freiheit vor dem Würgegriff fremder Mächte und geopolitischer Krisen. Wer die Energiewende bremst, schwächt Deutschland.

Auch bei Rohstoffen haben wir uns zu sehr abhängig gemacht, und Lieferketten nicht ausreichend diversifiziert. Hier müssen wir zügig eigene verlässliche Zugänge und Geschäftsmodelle aufbauen. Ich bin dafür, dass der Staat als strategischer Investor einen stärkeren Beitrag leistet. Das haben wir im Deutschlandfonds schon angelegt. Hier brauchen wir aber mehr Tempo und Ambition.

Deshalb will ich die Voraussetzungen schaffen, dass wir in Zukunft deutlich mehr in Rohstoffe aber auch die Energiewende investieren. Wir entwickeln den Deutschlandfonds zu einem Resilienzfonds.

[Mehr Vertrauen, weniger Kontrolle]

Wenn wir die Phase der Veränderung erfolgreich gestalten wollen, brauchen wir Vertrauen in die Menschen und die Unternehmen. Die Eigenverantwortung gehört gestärkt. Der Staat muss nicht alles kontrollieren. Aber wer gegen Recht verstößt und sich auf Kosten des Gemeinwohls bereichert, muss mit drastischen Strafen rechnen. Das ist ein Bruch mit dem bisherigen Ansatz. Berichtspflichten runter, Haftung hoch. Radikal. In jedem Anwendungsbereich.

Wenn wir jetzt ein eigenes Ministerium für Staatsmodernisierung haben – und ich schätze den Kollegen Wildberger sehr – dann sollten alle

Vorschläge diesem Prinzip weniger Kontrolle, mehr Haftung Rechnung tragen.

[Eine gerechte Gesellschaft]

Der Staat muss seine Kraft dafür einsetzen, dass Reformen zu mehr Gerechtigkeit führen. Soziale Gerechtigkeit ist in dieser Zeit kein „nice to have“. Es ist Teil eines starken Landes mit einer robusten, krisenfesten Gesellschaft.

Gerechte Gesellschaften behaupten sich stärker gegen die Feinde der Demokratie und sie sind wirtschaftlich erfolgreicher.
Die hohe Inflation hat zwischen 2021 und 2023 zu massiven Reallohnverlusten geführt. Lediglich während der Weimarer Republik oder unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg hat es massivere Einbußen gegeben.

Jede Krise, in der die Preise wieder nach oben schießen, führt zu steigender Unsicherheit und zu

Verlustangst. Das trifft vor allem die Menschen, die in der öffentlichen Debatte häufig am wenigsten vorkommen. Das sind Haushalte mit kleinen Einkommen. Und 40 Prozent der Haushalte in Deutschland, die keinerlei Ersparnisse haben. Wer jeden Tag früh aufsteht und am Ende des Monats trotzdem nicht weiterkommt – der hat nicht versagt. Das System funktioniert so nicht mehr.

Und diese Menschen sehen natürlich, wenn Unternehmen sich in Krisen bereichern, wie das jetzt die Ölkonzerne machen. Sie sehen, wenn die globale Kaffeekette ihre Steuerpflicht in eine Steueroase verschiebt und der Bäcker von nebenan hier fair Steuern zahlt und die Innenstadt bereichert. Sie sehen, wie krass ungleich Vermögen und Chancen in Deutschland verteilt sind. Und dass sich ohne Erbschaft heute kaum jemand mehr den Traum der eigenen vier Wände erfüllen kann.

Wenn wir wollen, dass Leistung sich lohnt, müssen wir dafür auch die Voraussetzungen schaffen. Deshalb gibt es aus meiner Sicht zwei zentrale Gerechtigkeitsfragen, die wir sofort verändern können.

Erstens: Der Alltag muss für alle bezahlbar sein.

- Es braucht faire Löhne, mehr Tarifbindung und eine gerechte Beteiligung der Beschäftigten an den Gewinnen von Unternehmen. Eine starke Sozialpartnerschaft ist dafür zentral. Wenn Deutschland endlich wieder auf Wachstumskurs kommt, profitieren davon alle.

- Energiekosten müssen runter. Die Energiekrisen der letzten Jahre waren Haupttreiber der Inflation. Unter anderem der konsequente Ausbau der Erneuerbaren Energie senkt die Preise.

- Die Mietkosten in den meisten deutschen Städten sind in den letzten Jahren explodiert. Dafür braucht es vor allem mehr Wohnraum. Ich will deshalb, dass auch der Bund zukünftig Wohnungen in großem Stil bauen kann. Daher schlage ich die Gründung einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft vor. Außerdem müssen die Standards runter, damit bauen deutlich günstiger wird – Hamburg setzt das schon um. Gerade in großen Städten braucht es aber auch ein starkes Mietrecht und eine wirksame Begrenzung der Mietpreise.

Zweitens: Starke Schultern können mehr leisten – und sie sollten es auch tun.

- 400 Milliarden Euro werden jedes Jahr vererbt oder verschenkt. 13 Milliarden haben die Länder 2024 als Steuer eingenommen. Das sind 3,25 Prozent. Ich finde, es nicht länger vermittelbar, dass kleine Erbschaften teilweise

sogar stärker belastet werden, als ganz große. Das ist eine Schieflage.

Die Erbschaftsteuer gehört reformiert. Die zusätzlichen Einnahmen sollen gezielt in Bildung und Chancengleichheit investiert werden – also in die Grundlage unseres künftigen Wohlstands.

- Digitale Plattformen erwirtschaften in Europa Milliardengewinne, leisten aber oft keinen angemessenen steuerlichen Beitrag. Auch das können wir verändern. Ich setze mich für eine Digitalsteuer ein, deren Einnahmen gezielt etwa in Medienvielfalt und unabhängigen Journalismus fließen.

- Und schließlich: Ich verachte Steuerkriminalität. Wer sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert, muss mit konsequentem staatlichem Handeln rechnen.

Vor einigen Wochen habe ich drastische Maßnahmen gegen Organisierte Kriminalität vorgestellt. Und ich werde zeitnah einen umfassenden Aktionsplan gegen Steuerbetrug präsentieren, mit dem eine deutlich andere Gangart gegen dieses kriminelle Verhalten einlegt wird. Wer sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert, wird die harte Hand des deutschen Zolls und der Justiz spüren.

[Stärke ist Freiheit]

Die Umbrüche der Welt werden nicht weniger werden. Die Krisen gehen nicht weg. Das erleben wir Tag für Tag. Die Antwort auf diese Unsicherheit ist unsere eigene Stärke. Unsere Stärke sichert unsere Freiheit. Oder um es runter zu brechen. Stärke ist Freiheit.

Wir alle werden uns dafür bewegen müssen. Wir haben uns in vielen Bereichen zu sehr eingemauert. Deutschland ist ein blockiertes Land.

Jeder Vorschlag, der darauf abzielt, den Status Quo zu verändern, führt zu einem Aufschrei und wird weg lobbyiert. Wahrscheinlich erlebe ich das gleich schon mit den Vorschlägen aus dieser Rede. Jedes Partikularinteresse ist in Deutschland perfekt organisiert.

Dabei geht allerdings die Frage unter, was für das Gemeinwohl, was für das Land und die Menschen insgesamt am besten ist.
Wir können uns ehrliche Debatten und schwierige Entscheidungen zutrauen. Der Beton muss raus. Aus unseren Debatten und aus den Köpfen. Das heißt, Öffnen für Argumente anderer. Die argumentativen Schützengräben verlassen. Vor allem aber die Bereitschaft, gerade jetzt Eigeninteressen hinter das Gemeinwohl zurücktreten zu lassen.

Da kommt es auf alle an. Ich schlage vor, dass wir in einer Allianz für Arbeit und Innovation

gemeinsam mit den Gewerkschaften, Arbeitgebern und der Wissenschaft vorangehen.

Ich glaube an unser Land. Ich glaube an die Vernunft und die Kraft der Menschen, die hier leben. Wir haben alles was wir brauchen, um uns gemeinsam aus dieser schwierigen Phase herauszuarbeiten. Wenn wir bereit sind uns zu verändern und heute Entscheidungen zu treffen, die sich morgen auszahlen werden.

Ich hoffe, ich habe damit heute einen Anfang gemacht. Ich freue mich auf die weitere Debatte.